

ARBEITERMACHT

Organ des Kampfbundes zur Befreiung der Arbeiterklasse
Oktober 1936 Preis 10 g

Im Kampf gegen welche Klassen - im Bündnis mit welchen Klassen siegt das Proletariat?!

SP(RS)/KP haben ausschliesslich die demokratische (kapitalistische) Republik zum Ziel, nichts anderes. Sie sind nicht Kämpfer für, sondern Kämpfer g e g e n die Diktatur des Proletariats, sie sind Gegner der proletarischen Revolution. Je offener sie sich zu bürgerlich-demokratischen Republik bekennen, desto mehr haben diese kleinbürgerlichen Parteien das Bedürfnis, dem Proletariat einzureden, es gehe ihnen beim Kampf um die kapitalistische Demokratie letzten Endes - um die proletarische Diktatur; der Kampf unter Führung der SP(RS)/KP um die demokratisch-kapitalistische Republik werde schliesslich in die Diktatur der Arbeiterklasse umschlagen.

Sozialdemokratische ("revolutionärsozialistische") und stalinistische Bürokraten, deren Parteien gebrauchen die Losung der proletarischen Diktatur nur als Köder, um die Arbeitermassen zu einem Kampf zu verlocken, in dem es ausschliesslich geht um die bürgerlich-demokratische Republik, die sich - auch unter SP(RS)/KP-Führung! - in Wirklichkeit richtet g e g e n die Diktatur des Proletariats. Prüfen wir die drei möglichen Fälle: I. den Kampf zum Zuendeführen, II. zur Verteidigung, III. zur Wiederherstellung der demokratisch-kapitalistischen Republik.

I. Der Kampf zum Zuendeführen der bürgerlichen Demokratie.

Zum Irreführen der Arbeiter bedienen sich SP(RS)/KP des folgenden Kniffs: sie beantworten die ~~Wichtig~~ Frage des h e u t i g e n Kampfes um die bürgerliche Demokratie so, als stünde die Arbeiterschaft heute vor 1848. All das, was Marx-Engels-Lenin für diesen Kampf ausgesprochen haben, werfen sie den Arbeitern in Form von Zitaten für den h e u t i g e n Kampf an den Kopf (siehe z. B. die stalinischen "Wege und Ziele" vom August 1936). In dem zurückgebliebenen Russland wurde der Klassenkrieg um die bürgerlich-demokratische Republik akut ausgekämpft 1905 bis Feber 1917. Diese Periode nennen wir die Periode der bürgerlichen Revolution. Sie reicht in Oesterreich bis 1918.

Welche Klassen stehen einander gegenüber in der Epoche der bürgerlichen Revolution: die Bourgeoisie steht gegen die feudalen Grundherren. Es geht um den Sturz der feudalen Herrschaft, des mehr oder weniger absoluten Staates, um die Liquidierung aller feudalen Wirtschaft; es geht um die Aufrichtung der kapitalistischen Herrschaft, des kapitalistischen Staates, um die Entfaltung der kapitalistischen Wirtschaft. Diese Epoche ist gekennzeichnet dadurch, dass die Dorfmassen klassenmässig noch wenig geschieden sind, dass die Klassengliederung in Klein-, Mittel-, Grossbauern noch wenig entfaltet ist, dass man tatsächlich die Dorfbevölkerung klassenmässig als Bauern bezeichnen kann. In d i e s e r Epoche unterstützt die Arbeiterschaft den Kampf der Kapitalistenklasse, schliesst sie Bündnis mit der (damals liberalen) Bourgeoisie.

So war es im 17. Jahrhundert in der grossen englischen Revolution; so war es 1789 bis Feber 1848 in den revolutionären Kämpfen in Frankreich; so war es halbwegs noch in der 1848er Revolution in Oesterreich und Deutschland.

Aber schon das Jahr 1848 zeigte den Beginn einer wesentlichen Aenderung: die Arbeiterschaft hatte sich soweit entwickelt, dass sie mit selbständigen Forderungen aufzutreten begann; Die Bourgeoisie zog es aus Angst vor dem selbständig auftretenden Proletariat vor, statt die bürgerliche Demokratie zu Ende zu führen, sich (in Oesterreich und Deutschland) den Feudalen oder (in Frankreich) der bonapartistischen Diktatur in die Arme zu werfen.

Am Vorabend von 1905 waren die russischen Verhältnisse, bei aller Zurückgebliebenheit, viel entwickelter als die von 1848 in West- und Mitteleuropa. Bisher waren die Arbeiter in allen bürgerlichen Revolutionen stets nur die Wurzeln gewesen; sie hatten immer mit ihrem Kampf die Kastanien für das Bürgertum aus dem Feuer geholt; war der Sieg durch die blutigen Anstrengungen der Arbeiter errungen, so wurden sie mit Pulver, Blei und Galgen niedergeschlagen, um die Früchte ihres opfervollen Kampfes vom Bürgertum geprellt. Um das zu verhindern, gab Lenin für diese Periode (für die Periode also der bürgerlichen Revolution) folgende Klassenstrategie:

Bündnis der Arbeiterklasse (der proletarischen Revolutionsparteien) mit den (damals noch wenig differenzierten) Bauernmassen (mit der kleinbürgerlichen, kleinbäuerlichen revolutionären Demokratie):

1. Zum gewaltsamen Sturz der absoluten Herrschaft;
2. Zum Druck auf die Bourgeoisie, um diesen unsicheren Verbündeten - das Unterstützen der (damals liberalen) Bourgeoisie, das Bündnis mit ihr im Kampf gegen den absoluten Staat war damals vom proletarischen Klassenstandpunkt zulässig, ja notwendig - im Kampf gegen den Absolutismus an der Stange zu halten und
3. Um die Früchte des revolutionären Sieges den werktätigen, nichtausbeutenden Massen zu sichern.

Die absolute Herrschaft gestürzt, die bürgerlich-demokratische Republik einmal errichtet, tritt ein grundlegender Wandel ein: es beginnt die Epoche der proletarischen Revolution.

Die Hauptgegner sind nun nicht mehr die feudalen Grundherren: deren Herrschaft ist gestürzt; der Hauptfeind ist von jetzt an der gestrige Verbündete, die Bourgeoisie, die nun ein für allemal - als Ganzes und in allen ihren Teilen - aufhört, ein für die Arbeiterklasse möglicher Verbündeter zu sein.

Nunmehr kann auch die Bauernmasse in ihrer Gesamtheit nicht mehr Verbündeter sein; sie scheidet sich nun immer mehr in Klein-, Mittel-, Grossbauern. Die Grossbauern mit ihren kapitalistischen Interessen sind verbissene Feinde der Arbeiterklasse. Nur noch die Armen im Dorf, das sind die Halbproletarier und Kleinbauern kommen für die Arbeiterklasse als Verbündete in Betracht. Die Mittelbauern, die immerhin einzelne Knoche und Mägede ausbeuten, gilt es zu neutralisieren.

Von da an kann die bürgerliche Demokratie nur gegen die Bourgeoisie zu Ende geführt werden, nur im Bündnis mit den armen Mittelmassen in Dorf und Stadt, im Kampf gegen alle kapitalistischen Schichten, bei Neutralisierung der Mittelbauern. --

In Spanien hat die bürgerliche Revolution 1823 begonnen. 1931 wurde dort die bürgerlich-demokratische Republik errichtet. Damit war in Spanien die Epoche der bürgerlichen Revolution abgeschlossen. Auf die Tagesordnung war nun von der Geschichte gestellt die proletarische Revolution.

Durch die Schuld der SP/KP und der Anarchisten wurde die bürgerlich-

demokratische Republik im Oktober 1934 wieder gestürzt, Selbst wenn man sich auf den Standpunkt stellt, in Spanien gehe es heute erst um das Zuendeführen der bürgerlichen Revolution, so ist selbst diese Aufgabe siegreich zu bewältigen nur durch das Aufrollen der Agrarfrage, durch die entschädigungslose Enteignung des Grossgrundbesitzes (der Kirchen**in**begriffen) und die entschädigungslose Aufteilung des Bodens auf die landarmen Bauern. Gerade dazu ist unter den heutigen Verhältnissen die Linksbourgeoisie nicht zu haben; das Bündnis mit den linkskapitalistischen Schichten macht das Zuendeführen der bürgerlichen Revolution in Spanien unmöglich, führt die Revolution in die Katastrophe.

SP/KP in Spanien wollen nichts als die bürgerliche Demokratie. Sie kämpfen nicht für, sondern gegen die proletarische Revolution; sie suchen die proletarische Diktatur zu verhindern; sich auf linksbürgerlicher Linie bewegend, sabotieren sie die Agrarrevolution; statt aus den bewaffneten Arbeitern selbständige proletarische Machtorgane zu bilden, liquidieren sie die Machtorgane, die die Arbeiter aus eigenem Antrieb schaffen, schieben sie die bewaffneten Arbeiter in die bürgerliche Armee ab, unter bürgerliches Kommando, ähnlich wie die Julius Deutsch & Co. die Volkswehr 1920 in die bürgerliche Wehrmacht 1920 "aufgeteilt" haben.

Soll die Revolution in Spanien siegen, dann müssen die spanischen Massen die Caballeroregierung hinwegfegen, Arbeiter und Bauernräte bilden, eine Regierung, die allein dem Arbeiter- und Bauernrat verantwortlich ist, eine proletarische Diktatur errichten, die sich auf das Bündnis der Arbeiter mit den landarmen Bauern stützt.

Weg mit allen kapitalistischen Elementen aus der Regierung! - das ist der nächste Schritt; einer nur aus SP/KP und Anarchisten gebildeten Regierung könnte die sich herausbildende proletarische Revolutionspartei loyale Opposition üben, bis sie, das Vertrauen der breiten Massen gewinnend, die Führung der Revolution übernimmt und mit Hilfe der revolutionären Massen die Diktatur der Arbeiterklasse errichtet.

Die Anarchisten scheinen zu einer Verstaatlichung des Grossgrundbesitzes (des Kirchenbesitzes **in**begriffen) zuzunehmen. Das hiesse den Fehler der ungarischen Revolution von 1919 wiederholen! Der oberste Leitgedanke muss sein die Machtfrage! Nur im Bündnis mit den armen Mittelmassen im Dorf ist die proletarische Macht aufzurichten; nur durch die entschädigungslose Bodenaufteilung sind die armen Mittelmassen in revolutionären Schwung zu versetzen!

Die kapitalistischen Grossbetriebe müssen sozialisiert, das heisst dem zu schaffenden proletarischen Staat übereignet werden.

II. Der Kampf zur Verteidigung der bürgerlichen Demokratie.

Einzig und allein im Bünd mit den **a r m e n** Mittelmassen in Dorf und Stadt schlägt unter den heutigen Verhältnissen der Kampf zum Zuendeführen der bürgerlichen Demokratie um in die proletarische Diktatur. Anderenfalls aber, bei einem Bündnis mit kapitalistischen Schichten, bei einer Politik, die auf ein solches Bündnis ausgeht, muss der Kampf der Arbeiter unvermeidlich führen zur schwersten Niederlage der Arbeiterklasse. So geschehen in Italien, Deutschland, Oesterreich nach 1918/20/33 /34.

Heute steht der Kampf der Verteidigung der bürgerlichen Demokratie in Frankreich auf der Tagesordnung. die SPF/KPF führt ihn genau so, wie die SP in Italien, Deutschland, Oesterreich. Die Stalinpartei ersetzte die sozialdemokratische Koalitionspolitik in Deutschland, Oesterreich durch ihr tatsächliches Bündnis mit der Rechtsbourgeoisie, mit dem Faschismus unter der Maske ihres Kampfes gegen den "Sozialfaschismus" und arbeitete so Hand in Hand mit der SP an der Katastrophe der Arbeitersache.

Scheinbar haben die Arbeiter unter der sozialdemokratisch-stalinschen Führung heute in Frankreich Erfolg über Erfolg: Lohnerhöhungen, Urlaubsgesetz, Vierzigstundenwoche (diese einstweilen auf dem Papier) usw. Trotz SP/KP und der von ihnen geführten Gewerkschaften ist die Massenbewegung unter dem Einfluss der spanischen Ereignisse weiter im Ansteigen, also kündigt Blum zum "Beruhigen" (Einlullen) der "aufgeregten" Massen an die Einführung der Arbeitslosenversicherung. Aber der Staatsapparat bleibt genau so kapitalistisch wie früher... Aber die Betriebe sind weiter Privateigentum der Kapitalisten und Blum-Auriol werden nicht müde zu erklären, dass die "Volks"front nicht daran denkt, das kapitalistische Eigentum anzutasten, dass sie sich nur im Rahmen des Kapitalismus bewegen will.... Die Teuerungsoffensive der Kapitalisten schlägt den Arbeitern die Erhöhung der Geldlöhne aus der Hand; dabei treiben die Ausbeuter die Intensivierung der Arbeit, die Rationalisierung immer weiter vor... Dabei streut die "Volks"frontregierung unter der Losung "Gegen die reichsten 200 Familien!" Milliarden geschenke an die kapitalistischen Schichten auf Kosten der breiten Massen. Als neuesten Mittel zu all dem greift sie nun zu der 25-33%igen Abwertung des Franken, verbunden mit dem in Oesterreich 1922-25 schon erprobten Betrug der "gleitenden Lohnskala", verbunden mit dem Schwindel des Zwangsschlichtungsverfahrens durch den (kapitalistischen) Staat.

"Frankreich über alles!", darnach handeln SPF/KPF; die nationalen, imperialistischen Interessen des kapitalistischen Frankreich sind ihnen wichtiger als die Klasseninteressen der französischen Arbeiter, als die Interessen der proletarischen Revolution, darum ihre verräterische Neutralität gegen die spanische Revolution, während die spanische Gegenrevolution die aktivste Unterstützung des faschistischen Italien und der Deutschland findet. Die KPF hat sogar nach der "Französischen Front!" gebrüllt, das Bündnis mit der Linksbourgeoisie solle ergänzt werden durch das Bündnis auch mit der Rechtsbourgeoisie, mit der Monopolbourgeoisie, der tatsächlichen Vorkämpferin des französischen Faschismus!...

Die grosse Masse der Arbeiter können die Verratsparteien betrügen, weil der Durchschnittsarbeiter infolge der schrecklichen Lebensbedingungen, die der Kapitalismus der Arbeiterschaft auferlegt, erst aus den Tatsachen, aus den Erfahrungen lernt. Aber wer von den vorgeschrittenen Arbeitern, die das, was das Weltproletariat seit 1914/18 erlebt hat, nicht vergessen haben und prüfend überdenken, heute noch daran glaubt; dass der sozialdemokratisch-stalinsche Kampf zur Verteidigung der bürgerlichen Demokratie umschlage in die Diktatur der Arbeiterklasse, der hat ernstlich nicht geprüft oder - ist reif fürs Narrenhaus. In das gerade Gegenteil wird dieser Kampf umschlagen, wenn nicht die Klassenpartei ersteht, die die Massen gegen die gesamte Bourgeoisie und alle ihre Helfershelfer, auch gegen SPF/KPF mobilisiert, zum Siege führt, zur Diktatur der Arbeiterklasse.

III. Der Kampf zur Wiederherstellung der bürgerlichen Demokratie.

Genau dasselbe gilt vom Kampf zur Wiederherstellung der bürgerlichen Demokratie, der heute in Italien, Deutschland, Oesterreich, Polen auf der Tagesordnung steht.

Stalinpartei und SP(RS) bekennen sich grundsätzlich zur proletarischen Diktatur. Warum nicht?! Auf dem Papier bekennt sich sogar Hitler zum - "Sozialismus".

Die Stalinpartei verspricht den Arbeitern eine "e c h t demokratisch- (k a p i t a l i s t i s c h e!!!) Republik", die "anders ausschauen soll, wie die halbe vor dem Februar", die so "ruhmreich" dastehen soll wie die "Volks"frontrepublik in Frankreich - mit ihrer Teuerung, Rationalisierung, mit ihrem Salengro-Severing, der die faschistischen Organisationen auf-

lässt (auf dem Papier), der heute den Arbeitern, die im Kampf um ihre Existenz die Betriebe besetzen, mit der kapitalistischen Staatsgewalt einsteilen nur droht, um sie etwas später tatsächlich gegen sie loszulassen, unter der Losung "Nach rechts und links!", so wie Severing, Greszynski, Zörrgiebel seligen Gedenkens....

Zweifellos: der Kampf zur Wiederherstellung der bürgerlichen Demokratie kann umschlagen in die Diktatur der Arbeiterklasse. N i e m a l s jedoch kann das geschehen, wenn dieser Kampf geführt wird auf einer Linie, die das Bündnis mit kapitalistischen Schichten sucht, mit Schichten, die Arbeiter, Knechte, Mägde ausbeuten! Das weiss die SP(RS)/KP-Bürokratie sehr genau, eben darum sucht sie vollkommen bewusst, die Arbeiter über diesen ausschlaggebenden Punkt durch die verschwommensten, raffiniertesten Formeln zu täuschen, irrezuführen, zu betrügen.

Hören wir zunächst die Stalinpartei. Sie will (Rote Fahne Nr.11) das Bündnis mit den "Frauen und Männern des Dorfes", mit den "Bauern", also auch mit den Kulaken! Sie will (siehe "Wege und Ziele", August 1936, Seite 10/12) das "Kampfbündnis mit den Bauern und a l l e n Werktätigen" (also auch mit den Grossbauern; und sind Kapitalisten mit 10, 20, 30, 50, 100 Arbeitern nicht auch "Werktätige"?); sie will die "Befreiung der Arbeiter, Bauern u n d B ü r g e r!" Bürger, das ist die deutsche Bezeichnung für K a p i t a l i s t e n. Die "revolutionäre" Stalinpartei geht also auf das Bündnis mit kapitalistischen Schichten aus, sie will - Kapitalisten befreien... Nicht die Zersetzung, Zerstörung, sondern die Erhaltung, Eroberung der (faschistischen) EG (Einheits"gewerkschaft") will die KP (ebenda, Seite 20)...

Die Stalinbürokraten sind heute in einer Heidenangst um ihre, dem Proletariat geraubten, Machtpositionen, um ihre fetten Pfründen aus den Taschen der Arbeiter. In ihrer panischen Angst entlarven sie jetzt manchmal ihr verräterisches Herz. Früher war es die Funktion der rechten Sozialdemokraten vom Schlage Renners, des berühmten Erfinders der Theorie von den Schnorrerkapitalisten, die wahren Auffassungen, Pläne der SP auszusprechen. Aber selbst die reinsten Sozialdemokraten waren vorsichtiger als die um die Futterkrippe zitternden Stalinbürokraten (womit ihre mörderischen Wutausbrüche gegen die proletarischen Revolutionäre Hand in Hand gehen).

Die SP(RS)-Bürokraten sind viel behutsamer. Sie drücken das so aus: sie wollen das Bündnis "mit allen Antifaschisten", eine "demokratische "Volks"regierung", eine "Regierung aller arbeitenden Schichten", sie wollen das Bündnis "mit allen, die gegen die Einreihung Oesterreichs in die faschistische Front sind (dass sie selbst für die Einreihung Oesterreichs in die Front der imperialistischen Räuber Frankreich-England sind, darüber gleiten sie hinweg).

Dass die behutsameren Losungen der SP(RS) genau dasselbe bedeuten, wie die offen verräterischen der Stalinbürokratie, lässt sich leicht beweisen. Auch SP(RS) führen keinen Kampf für die entschädigungslose Aufteilung des Bodens der Grossgrundbesitzer, der Kirche, der Grossbauern auf die landarmen Bauern. Im Gegenteil: SP(RS) haben im Aktionsprogramm, dass erst von 500 Hektar an der Grossgrundbesitz enteignet werden soll.. SP(RS) wie auch KP führen keinen Kampf für die entschädigungslose Enteignung des Kirchenvermögens. Das sind Losungen der bürgerlichen, aber konsequenten Demokratie! Dennoch geben SP(RS)/KP diese Losungen nicht! Warum nicht?! Weil sie mit einem Grossteil der kapitalistischen Schichten, die dadurch betroffen werden, das Bündnis wollen!...

SP(RS)/KP erstreben das Bündnis mit kapitalistischen Schichten. Das kann niemals führen zum Sieg der Arbeiter, sondern muss unvermeidlich

führen zur Wiederholung von 1918-34 in neuer Auflage, zur Katastrophe für die Arbeiter, wobei sich die verkleinbürgerlichte Arbeiterbürokratie und Arbeiteraristokratie unterwegs auf Kosten der Arbeiter wieder schön die Taschen füllen, das Verraten der proletarischen Revolution ist ihnen ein einträgliches Geschäft.

IV. Taktik der proletarischen Revolutionäre.

Der Kampf zum Sturz der faschistischen Diktatur kann unmittelbar in die proletarische Diktatur führen. Nur deshalb, weil die kleinbürgerlichen Verratsparteien SP(RS)/KP grosse Teile der Arbeiterschaft hinter sich verlocken, nur deshalb führt dieser Kampf bloss zur demokratisch-kapitalistischen Republik.

Nur unter Führung der proletarischen Klassenpartei; nur im Bündnis mit den armen Mittelmassen in Dorf und Stadt; nur wenn der Kampf ausgerichtet ist gegen die gesamte Bourgeoisie, die Grossbauern inbegriffen, verbunden mit dem Streben die Mittelbauern zu neutralisieren - nur dann führt unter den heutigen, entwickelten Bedingungen der Kampf zum Zuendeführen, zur Verteidigung, zur Wiederherstellung der bürgerlichen Demokratie zum Umschlagen in die Diktatur der Arbeiterklasse!

Allein die proletarische Klassenpartei ist noch nicht da, sie muss erst geschaffen werden und muss erst das Vertrauen der breiten Massen gewinnen. Um diesen Prozess zu fördern, müssen die proletarischen Revolutionäre taktisch folgendermassen handeln:

1. Sie müssen den Kampf der SP(RS)/KP zur Wiederherstellung der bürgerlich-demokratischen Republik mit aller Kraft unterstützen;

2. Aber sie müssen zugleich auf Schritt und Tritt den Arbeitermassen die volle Wahrheit über die wirklichen Pläne, über die wahren Ziele der SP(RS)/KP an der Hand der Tatsachen aufdecken und diese ihre revolutionäre Kritik stets verbinden mit der beharrlichen Propaganda für die Diktatur des Proletariats;

3. Sie müssen den Arbeitern jetzt schon offen sagen, dass die proletarischen Revolutionäre gemeinsam mit SP(RS)/KP kämpfen, um die faschistische Diktatur zu zerschmettern, dass aber nach dem gemeinsamen Sieg gegen den Faschismus der Kampf für die Aufrichtung der proletarischen Diktatur wird geführt werden müssen nicht nur gegen die Bourgeoisie, sondern auch gegen deren Beschützer, gegen die SP(RS)/Stalinpartei.

Von dem Blut der meuchlerisch ermordeten proletarischen Revolutionäre Sinojew-Kamenev und Genossen triefen die Hände der verbrecherischen Stalinbürokratie. Drei Tage nach dem Mord schrieb Churchill, einer der ärgsten Scharfmacher Englands, in einem Artikel, der durch die kapitalistische Weltpresse ging: jetzt könne man (die Weltbourgeoisie) nicht mehr zweifeln, dass Stalin (und seine Bürokratie, seine Parteien, seine Internationale) endgiltig mit dem Kommunismus, mit der Weltrevolution gebrochen.

Die Otto Bauer & Co. sind in grösster Verlegenheit. Sie haben die Stalinlüge vom "Sozialismus" in Russland übernommen; sie haben mitgeholfen, den stalinschen Betrug zu verbreiten, dass es in Russland den Arbeitern gut und immer besser gehe; ja sie verstiegen sich sogar dazu, die stalinsche Erdrosselung der Arbeiterdemokratie, ja der Parteidemokratie als eine für Russland geschichtlich notwendige Durchführungsphase zu erklären, die als Möglichkeit auch für andere Länder ins Auge gefasst werden müsse. Allein der sozialdemokratisch-austro-"marxistische"- "revolutionärsozialistische" Bankrott zwingt sie zum Bündnis mit den stalinschen Bankrotteuren, also zum weiteren betrügen der Arbeiter mit den stalinschen Lügen. So bleibt ihnen nichts übrig, als mit gewundenem Phrasongedresch um den Moskauer Meuchelprozess zu schleichen; sie gehen den entscheidenden

Fragen aus dem Weg und müssen sich begnügen, ihn auszunützen zum Mitgliederfang gegenüber der stalinschen Bankrott-Konkurrenzpartei.

Das Aufflammen der Revolution in Spanien, der Wiederhall in allen Ländern, die Belebung der Massen, das Wiederaufsteigen der Weltrevolution, die Gärung unter den Arbeitermassen in Russland, von der Stalinbürokratie nur noch mit blutigem Morden aufgehalten - all das zwingt die verbündeten Bankrottparteien SP(RS)/KP zur höchsten Vorsicht gegenüber den Arbeitern. Von Woche zu Woche verfeinern sie die betrügerische Fassung ihrer Formeln, Losungen. Riesige Geldmittel stehen den Verratsparteien zur Verfügung, dementsprechend ein grosser illegaler bürokratischer (bezahlter!) Apparat, eine grosse illegale Presse samt allen Behelfen. In dieser illegalen Flut, die ihn fort und fort überschwemmt, sich auszukennen, den Trug zu durchblicken, ist den Durchschnittsarbeitern, auf sich allein gestellt, unmöglich. Sie können das nur mit ausdauernder, zäher, geduldiger Hilfe der vorgeschrittenen Arbeiter.

Die Arbeiter sind seit 1918 der SP (seit 1934 auch der Stalinpartei) mit verbundenen Augen gefolgt. Sie tun das auch heute. Ohne zu prüfen, folgen sie blind den revolutionär schillernden Worten, Losungen der SP(RS)/KP. Diese wechseln fort und fort die Positionen, wie schmutzige Taschentücher; die Arbeiter merken es nicht. Vor dem 11. Juli (deutsch-österreichisches Uebereinkommen) hat die Stalinpartei um Schuschnigg gewinselt ("gekämpft"); nach dem 11. Juli zieht sie gegen ihn tödlich zu Feld; morgen - wenn Mussolini mit seinem österreichischen Vassallen eine Schwenkung zu England-Frankreich macht, was nicht unbedingt ausgeschlossen - wird sie unter Jubelgeschrei "Für unser Oesterreich!" die Arbeiter für diesen oder einen anderen Schuschnigg aufrufen; schwenkt dann Mussolini wieder zu Deutschland um, so wird sie wieder das Gegenteil kreischen... SP(RS) arbeiten mit grösserer Vorsicht, aber dem Wesen nach machen sie es genau so. Die grosse Masse der Arbeiter merkt das nicht, wird von den Bankrottparteien mittels bewusst betrügerischer Losungen nachgelockt, um ihnen die Kastanien aus dem Feuer zu holen, um der verkleinbürgerlichten Arbeiterbürokratie, Arbeiteraristokratie auf Kosten der Arbeiterschaft wieder in den Sattel zu helfen.

Die vorgeschrittenen Arbeiter müssen der Arbeitermasse helfen. Nur so kann der Betrug, der Verrat durchkreuzt, nur so kann die Arbeitersache zum Siege vorwärtsgeführt werden. Um die Kraft dazu zu finden, müssen sich aber die vorgeschrittenen Arbeiter unbedingt die Zeit nehmen, die Grundfragen der proletarischen Politik gründlich zu prüfen, bis auf den letzten Grund. Wer das nicht tut, bleibt Spielball in den Händen der betrügerischen, eigensüchtigen, verräterischen Bürokratie und ihrer Parteien, der kleinbürgerlichen SP(RS)/KP.

XX

Die Schwindel-"Vertrauensmännerwahlen".

Wir unterstützen die Losung der illegalen Freien Gewerkschaften: Arbeiter! Verlangt, dass diese Schwindelwahlordnung verschwinde, dass wirklich freie Wahlen in den Betrieben durchgeführt werden! Fordert überall sofort Betriebsversammlungen und volle Redefreiheit! In den Versammlungen müsst ihr gegen die neue Wahlordnung protestieren! Vor allem müsst ihr verlangen, dass die Kandidaten von den Arbeitern selbständig und frei gewählt werden und EG und VF keinen von den Arbeitern gewählten Kandidaten streichen dürfen!

Erklärt überall mit grösster Entschiedenheit: Wir werden uns keine von den Unternehmern, der VF und der EG aufgezwungenen Vertrauensmänner gefallen lassen!

Fordert mit den Freien Gewerkschaften: freie Wahlen, Werbe- und Gesinnungsfreiheit!

XX

Stellungswechsel auf dem Papier.

Der Trotzismus behandelt die SP(RS)/KP als Arbeiterparteien. Wir haben wiederholt darauf hingewiesen (z. B. schon 1933). Dass die französische SP eine sich nach links entwickelnde Arbeiterpartei sei, damit vor allem hat Trotzki seinerzeit das Aufgehen der trotzkistischen Organisation in die SPK begründet,

In "Unser Wort" Nr. 76 vom Juni 1936 schreibt nun Trotzki das gerade Gegenteil: Die sozialistische Arbeiterpartei ist keine Arbeiterpartei, nicht nur ihrer Politik, sondern auch der sozialen Zusammensetzung nach. Sie ist eine Partei der neuen Mittelschichten (Beamten, Angestellten usw.), zum Teil des Kleinbürgertums und der Arbeiteraristokratie. Diese Analyse ist nicht genau: erstens sind die Angestellten, Beamten keine "neuen Mittelschichten", sondern ihrer Produktionsrolle, also der Klassenzugehörigkeit nach echtproletarische Schichten, deren Klassenbewusstsein allerdings infolge ihrer kleinbürgerlichen Abstammung sehr zurückgeblieben ist; zweitens ist die ausschlaggebende Schicht ausgelassen, nämlich die verkleinbürgerliche Arbeiterbürokratie. Aber die klassenmäßige Einschätzung der sozialistischen Parteien als kleinbürgerliche Parteien ist vollkommen richtig.

Fragt sich nun, warum Trotzki das Gegenteil von dem erklärt, was er durch Jahre verkündet hat. Die Frage des Klassencharakters der SP (auch der Stalinpartei), ob sie Arbeiterpartei oder kleinbürgerliche Partei, ist für die proletarisch-revolutionäre Politik eine Frage von ausserordentlicher Bedeutung. Wer in einer solchen Frage plötzlich den entgegengesetzten Standpunkt bezieht, der ist verpflichtet, offen vor der Arbeiterschaft 1. seine bisherige Einstellung in dieser Frage als irrig zu erklären, 2. aufzuzeigen, warum er bei der falschen Einstellung durch Jahre verharrt hat, 3. der ist insbesondere verpflichtet, offen vor der Arbeiterschaft nunmehr die unumgängliche Schlussfolgerung zu ziehen aus der neu bezogenen, richtigen Einstellung. Die Schlussfolgerung nämlich, dass das organisatorische Aufgehen der politischen Organisation der proletarischen Revolutionäre in kleinbürgerliche Parteien jedenfalls eine schwere Verletzung ist des marxistisch-leninistischen Kardinalsprinzips der Selbständigkeit und Unabhängigkeit der Organisation der proletarischen Revolutionäre, ein tatsächliches (opportunistisches) Preisgeben der proletarischen Klassenlinie; die Schlussfolgerung zu ziehen, dass die Trotzkiisten aus der SP Amerikas, Polens, der Schweiz usw. sofort zurückgezogen werden, ohne erst abzuwarten bis die SP sie hinausfeuert.

Denkt Trotzki daran? Nein! Die Trotzkiisten bleiben weiterhin in jenen kleinbürgerlichen ("sozialistischen") Parteien... Es ist erheiternd, dass in derselben Nummer von U. W., worin Trotzki die SP als kleinbürgerliche Partei erklärt, eine Handbreit weit davon in einem andern Artikel die SPK/KPF als Arbeiterparteien behandelt werden....

Trotzkis neue Einschätzung ist in Wirklichkeit blosser Schachzug. In der Praxis geht das Aufgehen trotzkistischer Organisationen in "Sozialistische" Parteien weiter. So jüngst in Spanien. Die "radikale" Umstellung auf dem Papier soll die opportunistische Praxis des Trotzismus in der Frage der Partei besser als bisher maskieren, mit welcher Praxis Trotzki in jenen alten Fehler zurückgefallen ist, der die wirkliche Grunddifferenz zwischen ihm und Lenin gebildet hat bis 1917.

Wie in Frankreich, so wurden auch in Belgien die Trotzisten, die dort ebenfalls ihre Organisation liquidiert hatten, aus der SP ausgeschlossen. Und wie in Frankreich, so sind sie nun in Belgien daran eine neue Partei zu gründen, wobei sich ihnen linke Sozialdemokraten anschliessen, die auch so gewonnen worden wären (ohne Opportunismus); eine neue Partei, die das Preisgeben der Selbständigkeit und Unabhängigkeit der Organisation der proletarischen Revolutionäre keineswegs verurteilt, sondern - sich die Hände offen lässt, in Zukunft das opportunistische Manöver zu wiederholen...

XX

Die Frage der Klassenpartei in Spanien.

Wir schreiben mit allem Vorbehalt, weil wir die Nachrichten darüber nur aus zweiter, dritter Hand schöpfen, noch dazu mit grosser Verspätung.

In Spanien bestand eine trotzkistische Organisation unter Führung des Genossen Nin. Diese Organisation lehnte den Eintritt der französischen Liga (Trotzkisten) in die SP prinzipiell ab und wies die Zustimmung, auch in Spanien in die SP aufzugehen, grundsätzlich ab. Es kam deshalb zum Bruch mit der trotzkistischen Internationalen Kommunistischen Liga (IKL), es kam zum Bruch auch in Spanien. Nur ein winziger Teil der spanischen Organisation folgte dem trotzkistischen Opportunismus in die SP.

Nin schloss sich dann mit zwei zentristischen (vielleicht linkszentristischen) Gruppen zur "Partei der marxistischen Einheit" zusammen, die das "Volks"frontprogramm unterzeichnete und so tatsächlich in das linksbürgerliche Schlepptau geriet. Zweifellos schwere Fehler. Aber Fehler, die durch den trotzkistischen Opportunismus in der Frage der Partei ausgelöst wurden. Und Fehler, die kleiner sind, als die trotzkistischen.

In den "Sozialistischen" Parteien haben wir Gebilde vor uns, deren kleinbürgerlicher Klassencharakter bereits klassenmässig verankert, unheilbar ist. Jene zwei zentristischen Gruppen, mit denen Nin die Vereinigung durchführte, waren jedoch junge Gebilde, die sich wohl auf kleinbürgerlicher Linie bewegten, aber klassenmässig rein proletarische Zusammensetzung hatten, noch frei von einer verankerten, breiten, verkleinbürgerlichten Arbeiterbürokratie, Arbeiteraristokratie. Nin nahm an, dass in der ungeheuren Glut des revolutionären Kampfes in Spanien die Mitglieder der zwei zentristischen Gruppen an der Hand der akuten Erfahrungen rasch umlernen werden. (Ob dem so ist, wissen wir nicht, es sprechen aber manche Zeichen dafür.) Gerade darum rechnete Nin damit, dass seine bisherige Freude darin durch die Ueberlegenheit ihrer politischen Einstellung das Schwergewicht, die Führung für ihre bisherige proletarisch-revolutionäre Linie erreichen würden. (Dass Nin und seine Freunde tatsächlich die Führung in der "Partei der marxistischen Einheit" erlangt haben, scheint nach den Nachrichten sicher zu sein.)

Während das kleine Häuflein Trotzki's Getreuer, ihre Organisation preisgebend, sich nun innerhalb der SP um deren - Gesundung vergeblich mühen, suchen Nin und Genossen an der Spitze der "Partei der marxistischen Einheit" - wie die Nachrichten zu zeigen so eimen: nicht ohne Erfolg - vor allem die anarchistischen Arbeitermassen revolutionär zu klären, diesen kampfwilligsten, wenn auch unklaren breiten Teilen der spanischen Arbeiter, insbesondere in Katalonien.

Um die spanische Revolution zu retten, zum proletarischen Sieg zu führen, müssen die spanischen Massen alle kapitalistischen Elemente aus der Regierung, müssen sie weiterhin alle Regierungen, die die linksbürgerliche Politik fortsetzen, wegfehen. Nur die entschlossenste proletarische Diktatur im Bund mit den armen Mittelmassen in Dorf und Stadt, vermag den Massen den Sieg zu erringen und gegen alle Feinde zu behaupten. Das

zu leisten aber werden die Massen nur dann imstande sein, wenn sich zeitgerecht die proletarische Revolutionspartei herausbildet. Geht jener innere Wandel in der "Partei der marxistischen Einheit" wirklich vor sich, wofür die Nachrichten sprechen zu scheinen; reinigt sich diese Partei offen vor der Arbeiterschaft von jenen schweren Fehlern (Einigung ohne Uebereinstimmung in den revolutionären Prinzipien; "Volks"frontpolitik), so kann und wird aus ihr entstehen, was die spanischen Massen unumgänglich zum Sieg brauchen: die proletarische Klassenpartei.

Eine unernte Gruppengründung.

Die österreichische Trotzkiistengruppe ist den Revolutionären Kommunisten beigetreten. Welch ein Armutszeugnis für diese - mit Vergeben - "Bolschewiki-Leninisten"!... Denn es ist ein sehr trauriges Zeichen, wenn eine Gruppe nach jahrelangen Anstrengungen ihre selbständige Organisation hinwirft, um in einer Neulingsgruppe aufzuziehen, die die ersten selbständigen Schritte überhaupt erst versucht. Nicht alle haben das Begräbnis mitgemacht, die winzige trotzkiistische Gruppe hat sich darüber gespalten...

Die "Revolutionären Kommunisten" sind aus der Stalinpartei entstanden. Sie haben getreu und begeistert die stalinsche "Generallinie" mitgemacht: den "Sozialfaschismus", den Riesenschwindel vom "Sozialismus in einem Land" usw. Solange der stalinsche Opportunismus in ultralinkem Gewande auftrat, hatten sie gegen die stalinsche Verratspolitik nichts einzuwenden. Würde die Stalinklique die Politik, die sie Mitte 1935 betrieben, weiter fortgesetzt haben, so wären die "Revolutionären Kommunisten" auch heute noch brave, begeisterte Stalinisten.

Allein die Dinge waren Mitte 1935 so weit herangereift, dass die Stalimbürokratie gezwungen war, ihre ultralinke Maske in die Rumpelkammer zu werfen und offen, ungeschminkt ihr Verrätergesicht zu zeigen. Es kam Stalins öffentliche Erklärung für den französischen Imperialismus, diesen sattgefressenen Räuber, der seinen Riesenraub unter der scheinheiligen Losung des "Friedens" verteidigt, für den französischen Sozialpatriotismus usw., usw. Da begannen manche stalinistischen Arbeiter stutzig zu werden, aus dieser Stimmung heraus wuchsen die RK hervor. So weit, so gut. Allein die RK haben sich Ende 1935 als selbständige Gruppe aufgetan. Wer einen solchen ernstesten Schritt tut, dem sind dadurch ernste Verpflichtungen gegenüber der Arbeiterklasse gestellt. Die RK haben die Pflichten gegenüber der Klasse nicht erfüllt, sie haben sich leichtfertig darüber hinweggesetzt.

Das Proletariat stöhnt unter dem fürchterlichen Druck der faschistischen Knechtung und Ausbeutung. Einheit der gesamten Arbeiterschaft zur Niederschmetterung des Klassenfeindes, darnach sehnt sich zu tiefst - mit Recht! - jeder Arbeiter. Wer eine neue politische Gruppe gründet, der muss vor der Arbeiterklasse mit den allerernstesten Gründen beweisen, dass im Interesse des Proletariats unumgänglich notwendig ist, die neue Gruppe ins Leben zu rufen, mit einem Wort: die Errichtung einer neuen politischen Gruppe muss vor der Arbeiterklasse politisch begründet werden. Das heisst: die neue Gruppe muss vor der Arbeiterschaft klar aufzeigen:

1. Welche ernsten, wichtigen politischen Unterschiede sie trennen von allem schon bestehenden Parteien, Gruppen.

2. Welchen von allem schon bestehenden Parteien, Gruppen verschiedenen positiven Weg sie das Proletariat führen will.

Eine Gruppe, die diese unumgängliche Pflicht gegenüber der Klasse "überspringt" - die RK haben sich über diese Pflicht hinweggesetzt, obwohl sie dazu von uns öffentlich, ausdrücklich gemahnt wurden - eine solche Gruppe steigert die Zersplitterung, die geistige Verwirrung der

Arbeiter, die tiefste Wurzel der heutigen proletarischen Schwäche, eine solche Gruppe stärkt nicht, sondern s c h w ä c h t die Arbeiterklasse. Eine Gruppe die so handelt, kann vom proletarischen Klassenstandpunkt nicht als ernste Gruppe gewertet werden, was nicht ausschliesst, dass gar manche ihrer Mitglieder guten, ehrlichen Willens sind, wie das bei den RK-Genossen nach unseren Eindrücken vielfach tatsächlich der Fall ist. Doch in der Politik kommt es auf den guten, ehrlichen Willen erst in zweiter Linie an, in erster Linie kommt es darauf an, zu welchen W i r k u n g e n ein bestimmtes Handeln, Verhalten, Vorgehen führen m u s s. (Nebenbei: auch die jetzt liquidatorisch aufgebogene Gruppe der "Bolschewiki-Leninisten" wurde seinerzeit in ähnlich unernter Weise aufgetan).

Die RK haben bis heute mit dem Stalinismus, das heisst mit ihrer eigenen politischen Vergangenheit vor der Arbeiterschaft politisch n i c h t abgerechnet. Hätten sie das getan, so hätten sie sich aus ihrem Ultralinks-tum herausgearbeitet, dem sie auch heute noch auf Schritt und Tritt verfallen. Sie, die bis Mitte 1935 der stalinischen Paktpolitik Beifall geklatscht, sie als den Gipfel eines revolutionären Realismus gerühmt haben, verwerfen nun plötzlich Bündnisse des proletarischen S t a a t e s mit bürgerlichen Staaten überhaupt (siehe "Bolschewik", Nr. 9, Ende August 1936), statt deren prinzipielle Zulässigkeit zum Ausnutzen der Gegensätze der kapitalistischen Staaten anzuerkennen und das Feuer dorthin zu richten, wohin es gerichtet werden muss: gegen jene besonderen Bestimmungen, auf die die Stalinbürokratie in diesen Pakten eingeht, auf jene Vertragsbestimmungen, womit sie der proletarischen Revolution entgegenarbeitet und gegen die antirevolutionäre stalinische Gesamtlinie überhaupt, deren Ausfluss diese (revolutionsverräterische) A r t von Paktpolitik ist.

Monatelang haben die RK als selbständige Gruppe schon bestanden, ohne Prinzipien ihrer Politik der Arbeiterschaft bekanntzugeben. Nun teilen sie "überbescheiden" auf irgendwelcher Rückseite mit eine paar Zeilen mit, ihre Prinzipien seien in dem bekannten Offenen Schreiben enthalten.... Aber wor von den österreichischen Arbeitern weiss heute etwas von diesem Offenen Schreiben?!

Dieses Offene Schreiben war auch unterschrieben worden von den Trotzki- und besagt, dass sich die gesamte Arbeit auf der marxistisch-leninischen Linie bewegen müsse. Allein eines der kardinalsten Prinzipien des Marxismus-Leninismus ist das Prinzip der u n b e d i n g t e n ideellen, politischen und o r g a n i s a t o r i s c h e n Selbständigkeit und Unabhängigkeit der politischen Organisation der proletarischen Revolutionäre. Nun, das hat, entgegen jenem Offenen Schreiben, die Trotzkiisten nicht gehindert, in einer ganzen Reihe von Ländern ihre Organisation in der kleinbürgerlichen SP liquidatorisch aufgehen zu lassen...

Die RK haben ^{sich} obwohl von uns öffentlich aufgefordert, um die Stellungnahme zum trotzkistischen Opportunismus in der Frage der Partei gedrückt. Ihre Vereinigung mit den abgetackelten - das Gott sei erbarm - "Bolschewiki-Leninisten" zeigt, dass sie in der Praxis dem trotzkistischen Opportunismus in der Frage der Partei tatsächlich die Mauer machen.

Die RK werden ihre Erfahrungen machen mit den ihnen beigetretenen sogenannten "Bolschewiki-Leninisten", die , bar jedes selbständigen klaren politischen Denkens, Urteilens, die Politik verwechseln mit Intrigantentum, das sie mit besonderer Vorliebe gegen die eigenen Genossen anwenden. Die Ereignisse werden helfen und auch wir werden uns bemühen zu helfen, so wird mit der Zeit gar mancher von den RK den richtigen Weg finden.